

Appell an künftige Regierung

Wien – Mehr Geld und damit bessere Planbarkeit. Das fordern die Hilfsorganisationen CARE, Caritas, AG Globale Verantwortung und Rotes Kreuz von einer nächsten Bundesregierung. Konkret sollten die Mittel für den Auslandskatastrophenfonds (AKF) schrittweise von derzeit 80 auf „krisentaugliche“ 200 Millionen Euro aufgestockt werden, hieß es bei einer gemeinsamen Pressekonferenz.

„Humanitäre Hilfe braucht Planbarkeit und bedarfsgerechte Finanzierung. Nur dann kann sie der Anstoß für Entwicklung sein“, sagte Andreas Knapp von der Caritas Österreich. Der AKF müsse an die veränderten Gegebenheiten in der Welt angepasst werden. „Wir müssen am Anfang eines Jahres schon wissen, welche Mittel für lange andauernde und anhaltende Krisen zur Verfügung stehen“, sagte Knapp.

„Es reicht aber oft nicht, wenn wir erst im Krisenfall reagieren“, warnte CARE-Österreich-Geschäftsführerin Andrea Barschdorf-Hager. Vorausschauende Hilfe, mit Unterstützung in Form von Risikoanalysen, Frühwarnsystemen und flexiblen Katastrophenfonds, sei bis zu siebenmal effektiver und kostengünstiger. (APA)

Das tödlichste Jahr für Helfer

Im vergangenen Jahr sind mehr als doppelt so viele Mitarbeiter von Hilfsorganisationen umgekommen wie im Jahr davor. Der Hauptgrund dafür war der Gaza-Krieg.

New York – Vor allem wegen der verheerenden Angriffe im Gaza-Krieg haben die Vereinten Nationen 2023 so viele Todesopfer unter humanitären Helfern in Konflikten gezählt wie noch nie. In 33 Ländern seien insgesamt 280 Helferinnen und Helfer getötet worden, berichtete das UNO-Nothilfebüro OCHA. Damit handle es sich um das tödlichste Jahr der weltweiten humanitären Gemeinschaft seit Beginn der Zählungen. Zudem wurden im vergangenen Jahr 91 Helfer entführt und 224 verletzt.

Im Vergleich dazu hatte es im Jahr davor 118 Todesopfer unter Hilfskräften gegeben – weniger als die Hälfte. Das laufende Jahr 2024 könne sogar noch tödlicher ausfallen, warnte die UNO angesichts der bisher bekannten Zahlen.

Am Montag war der Welttag der humanitären Hilfe. Aus diesem Anlass forderte UNO-Generalsekretär António Guterres erneut, Angriffe auf die Zivilbevölkerung und auf humanitäres Personal zu beenden. „Das humanitäre Völkerrecht, das die Zivilbevölkerung in Kriegszeiten schützt, wird missachtet und mit Füßen getreten.“

Guterres appellierte an Regierungen in aller Welt, Druck auszuüben, um die Bevölkerung besser zu schützen. Weiter fordert er das Ende „des Waffentransfers an Streitkräfte und Gruppen, die gegen das Völkerrecht verstoßen“, und „der Straflosigkeit, sodass die Tatverantwortlichen vor Gericht gestellt werden“. Der Hauptgrund für



Zerstörtes UNRWA-Gebäude im Gazastreifen. Dort hat sich die Arbeit für die UNO-Palästinenserhilfe als lebensgefährlich erwiesen.

Foto: AFP/Al-Qattaa

den drastischen Anstieg bei der Zahl der getöteten Helfer sei der Beginn des Gaza-Kriegs zwischen Israel und der Hamas, hieß es. Allein im Gazastreifen sind seit dem vergangenen Oktober knapp 300 Mitarbeiter von Hilfsorganisationen getötet worden – vor allem durch Luftangriffe. Die meisten Opfer seien Mitarbeiter des UNO-Palästinenserhilfswerkes UNRWA

gewesen, dem Israel eine Komplizenschaft mit der Hamas vorgeworfen hat.

Die Vereinten Nationen hatten in der Vergangenheit wiederholt ihre Bestürzung über durch israelischen Beschuss oder Bombardements getötete Mitarbeiter ausgedrückt. Zum Vergleich: In der Ukraine kamen im gesamten Jahr 2023 sechs Helferinnen und Helfer ums Leben.

Nach der Zählung einer Datenbank, auf die sich die UNO stützt, deutet einiges darauf hin, dass die Zahl der getöteten humanitären Kräfte 2024 noch höher ausfallen könnte als im vergangenen Jahr. Demnach sind den weltweiten Konflikten bis Anfang August bereits 172 Helfer zum Opfer gefallen. Neben dem Krieg in Gaza hätten vor allem Konflikte und Gewalt

im Sudan und im Südsudan dazu beigetragen. Oftmals handle es sich bei den Todesopfern um lokale Mitarbeiter von Hilfsorganisationen.

Während weltweit immer mehr Helfer bei ihrer Arbeit ums Leben kommen, wird ihre Arbeit immer wichtiger. OCHA zufolge sind derzeit knapp 300 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. (TT, APA, dpa)

Italien: Leichtere Einbürgerung?

Konservative Regierungspartei könnte mit linksgerichteter Opposition stimmen.

Rom – Seit den Olympischen Spielen in Paris streiten die politischen Parteien in Italien über ein vereinfachtes Einbürgerungsrecht. Das Thema könnte erstmals die rechtsgerichtete Regierung spalten.

Symbolfigur der Debatte über Rassismus und die Rechte von Einwanderern ist die Volleyballerin Paola Egonu. Die Tochter von Einwanderern aus Nigeria, die in Italien geboren wurde, hat entscheidend zum Gewinn der Goldmedaille beigetragen.

Der EU-Abgeordnete Roberto Vannacci von der rechtspopulistischen Regierungspartei Lega sprach ihr öffentlich das „Italienischsein“ ab. Die linksliberale Zeitung *La Repubblica* hingegen kürte sie zur „Frau des Jahres“.

Opposition will Änderung

Die linke Oppositionsführerin Elly Schlein erklärte nach dem Erfolg der Volleyballerinnen, ihre Partei setze sich für ein Bürgerrecht gemäß dem Geburtsort ein. „Für uns ist jeder Mensch, der in Italien geboren wird oder aufwächst, eine Italienerin oder ein Italiener, und wir werden uns für eine entsprechende Gesetzesänderung einsetzen“, versprach sie.



Paola Egonu gewann für Italien Gold. Doch den Rechten in der Regierung ist sie nicht italienisch genug.

Foto: imago/Insidefoto/Staccioni

Bisher entscheidet in Italien nicht der Geburtsort („ius soli“), sondern die Abstammung („ius sanguinis“). Wer als Kind von Einwanderern in Italien geboren und aufgewachsen ist, kann erst als Erwachsener die Staatsbürgerschaft beantragen – und muss dann noch eine Reihe von Bedingungen erfüllen.

Das hat zur Folge, dass trotz einer hohen Zuwanderungsquote relativ wenige Einwanderer in der ersten oder zweiten Generation zu Italie-

nern werden – was Engpässe am Arbeitsmarkt verschärft.

Nun liegt ein Gesetzesentwurf auf dem Tisch, der eine Art Kompromiss zwischen Abstammung und Geburtsort darstellt und von der Opposition geschlossen unterstützt wird. Demnach sollen Kinder von Einwanderern die Staatsbürgerschaft erlangen können, wenn sie mindestens fünf Jahre lang in Italien die Schule besucht haben. Politiker erfanden hierfür den Begriff „ius scholae“.

Nun hat sich überraschend auch die konservative Regierungspartei Forza Italia dafür ausgesprochen, um Einbürgerungen zu erleichtern. Parteichef Antonio Tajani sagte der Zeitung *Il Messaggero*, er sehe dafür das antike Rom als Vorbild. „Römischer Bürger zu werden, war damals ein Traum von Millionen, und das Gesetz regelte diesen Traum. Die große Öffnung, ohne Begriffe von Ethnie oder Rasse, und zugleich äußerste Strenge bei der Einhaltung von Regeln sind das, was eine Nation wettbewerbsfähig macht“, erklärte Tajani, ein früherer Vertreter des verstorbenen Parteigründers Silvio Berlusconi.

Meloni fehlt die Mehrheit

Größte Regierungspartei sind die postfaschistischen Fratelli d'Italia von Premierin Giorgia Meloni. Doch sie hat alleine mit der Lega keine Mehrheit. Sollte der Gesetzesentwurf im Parlament eingebracht werden und die Forza Italia mit der Opposition dafür stimmen, könnten die Rechten die Modernisierung des Einbürgerungsrechts nicht stoppen. Es wäre der erste Bruch in der Regierungskoalition. (TT, KAP)



Justizministerin Susanne Zadić (Grüne) und Frauenministerin Susanne Raab (ÖVP) verhandelten über die Änderungen im Eherecht.

Foto: APA/Techt

Später heiraten soll Zwang vorbeugen

Wien – ÖVP und Grüne haben sich auf die Abschaffung von Ausnahmen beim Ehealter von 18 Jahren sowie eine Ausweitung der Eheverbote auf Verwandte bis zur vierten Seitenlinie geeinigt. Unter anderem wird die Sondergenehmigung gestrichen, die eine Heirat ab 16 erlaubt, wenn die Eltern zustimmen. Außerdem werden Ehen zwischen Cousins und Cousinen bzw. von Nichten oder Neffen mit Onkeln oder Tanten unzulässig. Die Neuregelung soll noch im September vom Nationalrat beschlossen werden.

Das Justizministerium begründet das Streichen der Ausnahmen beim Ehealter

unter anderem mit einer Forderung des UNO-Kinderhilfswerks Unicef nach einem generellen weltweiten Ehealter von 18 Jahren.

„Je jünger Menschen sind, die heiraten, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass das nicht freiwillig passiert, weil Kinder von ihren Eltern oder anderen Menschen unter Druck gesetzt werden“, sagte Justizministerin Alma Zadić (Grüne) in einer Aussendung. Frauenministerin Susanne Raab (ÖVP) sieht in der Änderung einen Schritt gegen „ehrkulturelle Gewalt“ und freut sich, dass die Grünen dieser Änderung nun zugestimmt hätten. (TT)